

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Vertriebsstelle: Sammelnummer: 25 241
Preis für Nachbestellungen: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. (Postgebühren für Monat März 3 Mark ohne Postzusatzgebühren).
Einzelnnummer 10 Pfennig
Die Anzeigen werden nach Gelddruck berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Offertengebühr 10 Pf., Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-42
Druck u. Verlag von **Reich & Reichardt** in Dresden
Postfach-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Kämpfe in Schanghai.

Das Gefecht zwischen Engländern und Chinesen innerhalb des englischen Konzessionsgebietes.

Die Kantonregierung nach Schanghai unterwegs.

London, 23. März. „Times“ meldet aus Schanghai vom 22. d. M.: Die Schierei im chinesischen Stadtviertel hat aufgehört, aber es sind noch zahlreiche Brände zu beobachten. Das Hauptquartier der Südtropen erklärt, eine Meldung aus Hankau erhalten zu haben, wonach Außenminister Tschen sowie die Mitglieder der Regierung und des politischen Bureau nach Schanghai unterwegs sind.

Eine offizielle britische Meldung über den chinesischen Einbruch in das Konzessionsgebiet sagt unter anderem: Ungefähr 10 000 Mann Nordtruppen wurden nachmittags von 3000 Kantonern überrumpelt. Die Nordtruppen flüchteten auf die Grenze der internationalen Niederlassung zu, die an dieser Stelle von einem Dutzend britischen Infanteristen besetzt war.

Die Nordtruppen drangen in die Niederlassung ein und feuerten von hinten auf die britischen Soldaten und auf die anrückenden Kantonern. Daraufhin antworteten die britischen Soldaten mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, bis die Eindringlinge die Waffen streckten. Der Rest der Nordtruppen, ungefähr 1200 Mann, flüchtete in den von den Japanern gehaltenen Stadtteil. Sie wurden interniert.

Im Chinesenviertel herrscht nach wie vor größte Anarchie. Auch in der Umgebung von Schanghai macht sich das Fehlen jeder Autorität bemerkbar. Der Kleinkrieg zwischen den Anhängern der verschiedenen Richtungen und den Streikenden dauert an. Der britische Generalkonsul und zwei Generalkonsuladjutanten, die von dem britischen Oberbefehlshaber General Duncan beauftragt waren, sich mit den neuen militärischen Behörden in Schanghai in Verbindung zu setzen, wurden gestern im Eingangsquartier in erste Kämpfe mit den Kantonern verwickelt. Es gelang ihnen nur mit Mühe, in die europäische Niederlassung zurückzukehren. Der Streik in Schanghai dauert nach wie vor an.

Der Korrespondent der „Westminster Gazette“ in Schanghai meldet: Die 85 russischen Wehrgardisten, die die Belagerung des Panzerzuges „Große Mauer“ bildeten, haben sich nach erbittertem Widerstand ergeben. Ueber ihr Schicksal wird von dem provisorischen Zentralkomitee entschieden werden. (W.F.B.)

Ranking noch nicht gefallen.

London, 23. März. Wie die „Times“ aus Schanghai berichten, ist Ranking, entgegen den gestern verbreiteten Meldungen, noch nicht von den Kantonern befehligt worden.

Schanghai gegen den Kommunismus.

Vor dem Bruch mit den Kommunisten?

London, 23. März. Aus Schanghai wird gemeldet, daß der Generalkonsul an Ausdehnung zugenommen hat. In der chinesischen Stadt sieht man rote Fahnen und kommunistische Maueranschläge. Die Technische Hochschule funktioniert in den lebenswichtigen Betrieben. Der Kommandierende der Kantontruppen, General Tschang Kaischek, hat erklärt, daß der Bruch mit den Kommunisten in der Regierung befohlen sei. Die Südpartei wünsche die Austreibung der russischen Propagandatruppen, die Arbeiter, Bauern und Studenten sinnlos verheben. Trotzdem sei eine Spaltung der Südpartei ausgeschlossen. Tschang Kaischek wird heute in Schanghai erwartet. Er wird eine Proklamation erlassen, in der die Zusammenarbeit mit den Fremden zur unbedingten Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Unterdrückung des Kommunismus angekündigt wird.

Zuversichtliche Stimmung in Belgrad.

Belgrad, 23. März. Von zutiefst zufriedener Seite wird in den Abendstunden erklärt, man betrachte die durch die italienische Zirkularnote geschaffene Lage mit Optimismus. Man glaube, daß weder eine Wästerbundintervention, noch die in der Erklärung des Ministers des Aeußeren vorgeschlagene internationale Untersuchung zur Beilegung des Konflikts notwendig sein werde.

In der gestrigen

Nachmittagssitzung der Skupshtina

erklärte ein Abgeordneter, sowohl der albanische Ministerpräsident, wie der albanische Gesandte in Belgrad hätten Jugoslawien betrogen. Der Abgeordnete wurde von drei Sitzungen ausgeschlossen. — Nach längerer außerparlamentarischer Debatte wurde der Etat des Ministeriums des Aeußeren angenommen. Bemerkenswert ist, daß kein einziger oppositioneller Redner sich für ein Aufheben der korrekten Beziehungen zu Italien ausgesprochen hat.

Alle Redner unterstrichen den Grundsatz „Der Balkan den Balkanvölkern“ und betonten die Notwendigkeit eines Bündnisses mit Bulgarien als der sichersten Garantie des Friedens auf dem Balkan. Die Redner aller Parteien traten ferner für Anlehnung Südlawien an England ein. Diese Auffassung deckt sich mit den Behauptungen der südlawischen Regierung, den Weg nach London zu gehen, wozu der erste Schritt das Ersuchen um Vermittlung Englands zwischen Jugoslawien und Italien war.

Propaganda für ein Ost-Locarno.

Das Rheinland als französisches Pfand für — Polen (Von unserem ständigen Vertreter in Genf.)

Genf, den 20. März. Eines der hauptsächlichsten Ziele französischer Politik ist ein dem Zeitpunkt entsprechender Ost-Sicherheitsvertrag; diese Idee, seit Locarno stets irgendwie im Vordergrund stehend, wird heute von Frankreich aus lebhaft propagiert. — besonders wird auch in neutralen Ländern Anhang gesucht, und zwar auch zu dem Zwecke, über neutrale Länder die deutsche öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ein und wieder nimmt dieser Zweig der politischen Propaganda

Schweres Aufounglück bei Rudowa.

Ein schweres Unglück ereignete sich Mittwoch früh in der sechsten Stunde in der Nähe von Rudowa (Schlesien). Die in Gellena behelmigten Arbeiter der Mechanischen Weberei Dierria wurden seit etwa drei Tagen durch ein Rakauo von und nach ihrer Arbeitsstelle befördert. Diesmal benutzten etwa 70 von der frühlicht kommende Arbeiter diese Holzschienenbahn. An einer Stelle steigt die Fahrstraße steil an, auch ist dort eine ziemlich scharfe Kurve zu überwinden. Bis bisher ungeklärten Gründen riß plötzlich die Ruppelung. Die Bremse versagte und das Rakauo sank mit stündlich wachsender Geschwindigkeit rückwärts bergab, riß an der Brücke das Geländer ein und stürzte in die Schlucht des Dorfbaches hinab, sämtliche Fahrgäste unter sich begrabend.

Mehrere Kerle, die Sanitätskolonne und Feuerwehmannschaften aus der Umgebung trafen sofort ein. Die Kunde von dem furchtbaren Unglück verbreitete sich sehr schnell. Von diesseits und jenseits der Landesgrenze strömten große Menschenmengen zu der Unglücksstätte. Bis her konnten sieben Tote, darunter ein Vater nebst Tochter, sowie achtzehn Schwerverletzte geborgen werden. Nach Lage der Dinge ist jedoch mit einer noch größeren Zahl von Verunglückten zu rechnen. Der Fahrer des Autos, Janfa, ist verschwunden, und soll über die Grenze geflüchtet sein.

Der rote Terror in Berlin.

Neue Schiebereien.

Berlin, 23. März. In den späten Abendstunden des Dienstag hatte eine größere Truppe roter Frontkämpfer versucht, in die Hohenzollernstraße in der Berliner Straße einzudringen, wo die Nationalsozialistische Arbeiterpartei eine Versammlung abhielt. Die Kommunisten suchten die Eingänge zu stürmen, so daß die dort postierten Beamten Verhärtnungen herbeiführen mußten. Als viele eintrafen, kam es zu einer lebhaften Schierei, wobei wieder mehrere Personen verletzt wurden. Vor Beginn der kommunistischen Versammlung war es auch im Berliner Südosten zu einem Zusammenstoß gekommen, wobei gleichfalls mehrere Schüsse fielen. Ein Demonstrant wurde hier durch einen Revolvererschuß verletzt. Von den bei den Vorgängen am Sonntag in Lichterfelde Beteiligten sind noch immer fünf rote Frontkämpfer nicht vernehmungsfähig.

Berlin, 23. März. In den gestrigen Zusammenstößen werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Nach einer Versammlung der Kommunisten auf der Weberwiese, an der sich ungefähr 400 Personen beteiligten, wurden Polizeibeamte von kommunistischen Demonstranten tätlich angegriffen und so schwer bedrängt, daß sie von ihrer Schusswaffe Gebrauch machen mußten. Allem Anschein nach sind vier Kommunisten verletzt worden. Ihre Feststellung konnte nicht erfolgen. In der Wilmersdorfer Straße versuchten Kommunisten, einen Autobus zu stürmen. Ein Polizeibeamter wurde niedergeschlagen und erlitt schwere Kopfverletzungen. Pistole und Gummiknüppel wurden ihm entzogen. Auch in der Suarezstraße wurde ein Polizeiwachmeister zu Boden geschlagen und seiner Pistole und des Gummiknüppels beraubt. Ferner wurden in der Suarezstraße zwei Passanten überfallen. Sie erlitten schwere Verletzungen.

In einer besonders tumultuarien Szene kam es in der Wisnarsstraße. Mehrere Polizisten, die einen Demonstrationzug begleiteten, wurden bedrängt, mit Eisenhaken geschlagen und mit Steinen, Flaschen usw. beworfen. Ein besonders hart bedrängter Polizeiwachmeister gab vier Schüsse ab. Um Mitternacht kam es in Spandau zu einer Schierei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in deren Verlauf acht Nationalsozialisten festgenommen wurden. Bei den Zusammenstößen, die am Dienstagabend zwischen demonstrierenden Kommunisten und der Polizei stattfanden, sollen nach den Feststellungen der „Noten Rahne“ auf der Weberwiese, wo sich etwa 3000 Mann zu einem Demon-

strationsumzug versammelt hatten, ein Kommunist getötet, fünf schwer verletzt und über 20 Personen leicht verletzt worden sein.

Ein Tscheche mißhandelt und beraubt.

Tschechische Beschwerden beim Auswärtigen Amt.

Berlin, 23. März. Die tschecho-slowakische Gesandtschaft hat beim Auswärtigen Amt Beschwerde darüber eingeleitet, daß am Sonntag zwei tschecho-slowakische Staatsangehörige bei Ausschreitungen in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche mißhandelt und beraubt wurden. Ein in Paris lebender Tscheche, der sich nur einen Tag auf der Durchreise in Berlin befand, traf hier zufällig auf der Straße einen Freund und Landsmann, den Sohn des früheren tschechischen Kriegsministers Klovak, einen Ingenieur Klovak, der in Berlin wohnt.

Da die Freunde gemeinsam in Oxford studiert haben, sprachen sie gewöhnlich Englisch miteinander. Sie gerieten nun zufällig in einen Demonstrationsszug und sahen sich plötzlich von einem großen Trupp von ungenannten Leuten umringt, die sie auseinanderrißen. Beide wurden zu Boden geschlagen und mußten Rettungshelfer anrufen. Dem Herrn aus Paris wurden dabei Mantel, Brille, Schutzbuch und sämtliche Ausweispapiere entwendet. Er fuhr sofort, nachdem er auf der Rettungsstelle verbunden war, zu seiner Gesandtschaft und meldete den Vorfall, den die Gesandtschaft an das Auswärtige Amt weiterleitete.

Der bayrische Minister v. Meinel gestorben.

München, 23. März. Der frühere bayrische Handelsminister, Exzellenz Ritter v. Meinel, der erst vor einigen Wochen von seinem Amt zurückgetreten war, ist in der vergangenen Nacht im Alter von 62 Jahren gestorben. (W.F.B.)

Urteil im Prozeß Gärtner-Dischewski.

München, 22. März. Im Verfahren gegen den Geschäftsführer der kommunistischen „Neuen Zeitung“ Dischewski wegen eines beleidigenden Artikels über den bayrischen Justizminister Gärtner wurde heute der Angeklagte wegen Beleidigung in Verbindung mit übler Nachrede zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt.

ganda Frankreichs größere Formen an; auch heute werden — im Zusammenhang mit den Genfer Besprechungen Stresemann — Salesti — die geschicktesten französischen Köpfe vorgeführt, und vor allem auch diejenigen, die im Ausland als am weitesten politisch belastet erscheinen. Henry de Jouvenel hat sich seit langem ein deutsch-schweizer Blatt von bedeutendem internationalen Ansehen als Tribune ausgedient; heute verbreitet er sich in diesem Blatt über das Ostproblem in hervorragender Weise, genauer gesagt über die neue Situation, die sich für ihn aus den deutsch-polnischen Besprechungen ergibt, von welcher letzteren er so gut wie überzeugt ist, daß sie die Vorteile, die durch Locarno im Westen geschaffen worden seien, in irgendeiner Form auch auf Osteuropa übertragen werden. Jouvenel hofft, die offensichtliche Ungleichheit Deutschlands, die es durch Unterbrechung der Handelsunterhandlungen mit Polen begangen, sei nicht allein der Grund gewesen, daß Deutschland gewünscht hätte, mit Polen in Genf eine neue Vertragsära einzuflechten, sondern daß ein weit tieferer Sinn dahinter läge.

Das ganze Werk von Locarno, sagt er, befindet sich in der Schwere infolge der Ungleichheit, die hinsichtlich der Differenzen Deutschlands herrscht.

Stresemann legte, glaubt de Jouvenel, eine außergewöhnlich politische Geschicklichkeit an den Tag, indem er die Lösung der polnischen Frage vor derjenigen der Rheinlandräumung in Angriff nahm. Stresemann wies den Problemen ihre richtige Platz zu. Wenn er diese Politik konsequent verfolgte, wenn er die Grundlagen des Vertrauens zwischen Deutschland und Polen schaffe, wenn er imstande sei, Vertrauen einzuschließen hinsichtlich seiner Ostpolitik — dann komme — unzufällig in die Lage, von Frankreich Opfer zu verlangen, die es bisher nicht bringen konnte. Raffinierter als diesmal ist die französische politische Propaganda ohne Zweifel noch nicht oft vorgegangen, aber sicherlich auch nicht oft so bewußt brutal: Jouvenel weiß zwar gut, daß die Rheinlandräumung mit den Ostfragen nichts zu tun hat, — er weiß, daß sie eine auf Locarno beruhende Sache ist. Sofern also Deutschland im kommenden Juni die Rheinlandräumung auf Grund der nunmehr gänzlich erfüllten Abmachungen von Locarno verlangt, so lautet demgegenüber der jetzt genau wörtlich von de Jouvenel redigierte französische Standpunkt so:

Der Locarnovertrag bezüglich des Westens gewährt leicht den territorialen status quo an der französisch-belgisch-deutschen Grenze. Die militärische Befestigung des Rheinlandes in ihrer jetzigen Situation aber bildet die Garantie für die vertraglich nicht anerkannte Aufrechterhaltung des status quo im Osten.

Es sei völlig klar, so will Jouvenels Propaganda den Neutralen weismachen, daß Deutschland gegen Polen, die Tschechen oder sogar in der österreichischen Anschließfrage nichts unternehmen könne, solange die Alliierten deutsches Gebiet als Pfand in den Händen behalten. Frankreich sehe deshalb in